



M. aus Indonesien wurde vom Arbeitgeber geschlagen und für ihre Arbeit nicht bezahlt

Moderne Sklavinnen

Zehntausende Frauen aus Süd(ost)asien arbeiten in Jordanien als Hausarbeiterinnen unter unvorstellbaren Bedingungen. Nur wenige schaffen es, ihrer prekären Lage zu entkommen. Von Sabine Vogler

Die 27-jährige T. fühlte sich in der Falle: Gleich nach ihrer Ankunft in Jordanien wurde der Filipina der Pass abgenommen. Als Hausangestellte musste sie sieben Tage die Woche jeweils bis zu 17 Stunden arbeiten. Sobald die Familie das Haus verließ, wurde T. eingesperrt. Nachdem die zwei Jahre ihres Arbeitsvertrags abgelaufen waren, wurde sie gezwungen, noch zwei weitere Monate zu arbeiten. Abgeholt erhielt sie nur die Arbeit eines Jahres. Schließlich gelang es ihr zu fliehen, indem sie aus dem zweiten Stock sprang, wobei sie sich ihr Bein verletzte. Um T.s Forderung nach ausständigem Lohn und den Kosten für die Verlängerung ihres Visums zuvorkommen, bezichtigte ihr Arbeitgeber sie des Diebstahls. Mit Unterstützung der Botschaft versucht T. nun, zu ihrem Recht zu kommen.

Ihr Schicksal ist kein Einzelfall. Über 40.000 Migrantinnen sind als Hausarbeiterinnen in Jordanien offiziell gemeldet. Schätzungsweise weitere 30.000 Hausarbeiterinnen halten sich

illegal im Land auf. Sie leisten einen wichtigen Beitrag für die jordanische Wirtschaft und insbesondere für ihre Familien in den Heimatländern, weil sie einen wesentlichen Teil des Haushaltseinkommens erwerben (sollten). Die Frauen sind meist jung, schlecht ausgebildet und kennen ihre Rechte nicht: also ideale Opfer für Menschenrechtsverletzungen. Sie kommen oft über Vermittlungsagenturen nach Jordanien und werden mit Drohungen und Schlägen gefügig gehalten. Ihr Alltag ist trist: Sie müssen bis zu 19 Stunden täglich schuften, sieben Tage die Woche, ohne Urlaub. Dazu erfahren sie Verachtung und Beleidigungen seitens der Familien, für die sie arbeiten. Darüber hinaus laufen die Hausarbeiterinnen leicht Gefahr, Opfer von sexuellem Missbrauch und Vergewaltigungen zu werden.

AUSWEGE. Einige Frauen sahen in ihrer Verzweiflung nur im Selbstmord einen Ausweg. Andere versuchen, bei einer sich bietenden Gelegenheit von ihren

Arbeitgebern zu fliehen. Hausarbeiterinnen, die sich bemühen, ausständige Lohn- und Strafzahlungen für die Verlängerung der Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung einzufordern, geraten dabei selbst rasch ins Visier der Justiz, da sie von ihren Arbeitgebern des Diebstahls bezichtigt werden. Bis zur Klärung ihrer Unschuld verbringen sie oft Wochen und Monate im Gefängnis. Der jordanische Staat hat auf die Misere der ausländischen Hausarbeiterinnen nicht ausreichend reagiert. Im Jahr 2003 führte das jordanische Arbeitsministerium einen – gemeinsam mit NGO erarbeiteten – „Arbeitsvertrag für nicht-jordanische HausarbeiterInnen“ ein, der einige Rechte festschrieb. In der Praxis scheint jedoch diese Gesetzesänderung keine Verbesserung gebracht zu haben, da keine Sanktionen im Falle des Vertragsbruches seitens der ArbeitgeberInnen vorgesehen sind.

Sabine Vogler ist Sprecherin der Arbeitsgruppe für verfolgte GewerkschafterInnen von Amnesty International Österreich.